



Nr. 292 | 19.12.2023

Ukraine-Analysen

- Eintritt in eine neue Kriegsphase?
- Selenskyjs Appelle an Russland

■ INTERVIEW	
»Dieser Krieg bleibt in erster Linie ein Artilleriekrieg, der die Munitionslieferungen zu einem sehr wichtigen Faktor macht«	2
■ STATISTIK	
Geländegewinne seit Beginn der Großinvasion	6
■ KOMMENTAR	
Deutschland: Ein Schlüsselakteur in der neuen Kriegsphase? Von Mattia Nelles (Deutsch-Ukrainisches Büro, Düsseldorf/Berlin)	7
■ STATISTIK	
Internationale Hilfen	9
<hr/>	
■ ANALYSE	
Selenskyjs Appelle an russische Staatsbürger:innen im ersten Jahr des russischen Aggressionskriegs gegen die Ukraine Von Seongcheol Kim (Universität Bremen)	11
■ DOKUMENTATION	
Ansprache des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj an das russische Volk am Vorabend der großangelegten Invasion	15
<hr/>	
■ CHRONIK	
28. Oktober – 20. November 2023	17

INTERVIEW

»Dieser Krieg bleibt in erster Linie ein Artilleriekrieg, der die Munitionslieferungen zu einem sehr wichtigen Faktor macht«

Zusammenfassung

Die ukrainische Gegenoffensive im Sommer 2023 brachte nicht den erhofften militärischen Durchbruch. Stattdessen wird von einer neuen Phase des Stellungskriegs gesprochen. Während die westliche Unterstützung stockt, gelangen in der ukrainischen Politik zunehmend Konflikte an die Öffentlichkeit. In dieser schwierigen Situation wirft das Interview zwischen dem Journalisten Fabrice Deprez und dem Militäranalysten Mykola Bielieskov sowohl einen Blick auf schiefe historische Analogien, Fehlannahmen der Gegenoffensive und die Schwierigkeiten bei der Erlangung der strategischen Initiative für die Ukraine.

Da die Sommeroffensive ins Stocken geraten ist und das Jahr 2024 näher rückt, was denken Sie: Vor welchem Dilemma stehen jetzt der ukrainische Generalstab und die Länder des Westens?

Zunächst ist wichtig, dass die Menschen endlich über 2024 sprechen. Es waren viele Hoffnungen mit der Sommeroffensive 2023 verbunden, die aus meiner Sicht überzogen waren, ganz gleich, wie das Ergebnis am Ende ausgesehen hätte. Als ich ausländische Kolleg:innen Anfang des Jahres fragte, was sie als Nächstes erwarten, gab es eine völlige kognitive Leere. Man dachte nur an die Offensive. Sie scheuten sich sogar davor, darüber hinaus zu denken, an 2024 – weil sie dachten, die Ukraine würde 2023 in die Offensive gehen und alles wäre geregelt.

Als erstes ist zu beachten, dass eine Menge davon abhängen wird, für welche Vorgehensweise sich Russland entscheiden wird: eine strategische Verteidigung oder eine strategische Offensive? Das wissen wir nicht. Eine andere wichtige Frage ist natürlich, dass unsere Partner:innen Zeit brauchen für die Produktion von Artilleriemunition, und das ist ein wichtiger, einschränkender Faktor. Wir haben zwar mit FPV-Drohnen (FPV: »First Person View«) und anderen Dingen dieser Art improvisiert. Aber dieser Krieg bleibt in erster Linie ein Artilleriekrieg, der die Munitionslieferungen zu einem sehr wichtigen Faktor macht. Und wir wissen, dass die Vereinigten Staaten das notwendige Produktionsniveau erst Ende nächsten Jahres erreichen werden, oder Anfang 2025. Das ist ein einschränkender Faktor für die Ukraine. Und dann gibt es natürlich noch die Herausforderung, die ad hoc entstandene internationale Koalition zusammenzuhalten. Das ist eher eine politische, strategische Aufgabe als eine rein militärische. Aber sie ist sehr wichtig. Das wird sehr wohl verstanden. Und es gibt bereits sehr viele Diskussionen, wie diese internationale Koalition aufrecht werden kann.

Ich bin optimistisch, wenn die Ukraine ihren gesellschaftlichen Zusammenhalt und den Kampfeswillen beibehält. Und wenn die Ukrainer:innen weiterhin auf einer Position beharren, die keine territorialen Kompromisse zulässt, werden die westlichen Partnerländer wenig Bewegungsspielraum haben. Sie können die Ukraine nur unterstützen. Stellen wir uns nämlich mal ein Szenario vor, bei dem die Ukraine zu Verhandlungen gedrängt wird, während die Ukrainer:innen immer noch bereit sind zu kämpfen – das ist unvorstellbar!

Wie schätzen Sie die Kampfbereitschaft ein? Ich weiß, dass Sie früher die französische »levée en masse« [die Massenrekrutierung 1793 in Frankreich; Anm. d. Red.] als historisches Beispiel für eine Mobilisierung der Bevölkerung genannt haben. Was macht das in ihren Augen zu einem interessanten Beispiel?

Ich nenne dieses Beispiel für gewöhnlich, um zu zeigen, dass es in jedem Krieg eine Phase nationaler Euphorie gibt, in der die Menschen bereitwillig zur Armee gehen. So war das 1792 in Frankreich. Dann aber nimmt die Bereitschaft und die Begeisterung natürlich ab, und dann hast du die Wehrpflicht, die *levée en masse* von 1793. Wenn also jemand eine große Sache aus der Tatsache macht, dass die Begeisterung der Ukrainer:innen abgenommen hat, sich freiwillig der Armee anzuschließen, dann nenne ich dieses Beispiel, um zu zeigen, dass das natürlich und erwartbar ist. Dieser Krieg ist da kein Einzelfall.

Was die Mobilmachung in der Ukraine angeht, besteht die Hauptaufgabe, soweit ich das beurteilen kann, jetzt darin, die Gruppierung der Streitkräfte, die wir haben, aufrecht zu erhalten, und eben nicht darin, ein Übergewicht der Kräfte zu erreichen. Und dafür braucht es keine große Mobilmachung. Dafür ist nicht die Art von Mobilisierung nötig, die wir in den ersten sechs Monaten des Krieges gesehen haben.

Das Wichtigste ist hier, den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Kampfbereitschaft beizubehalten. Das ist der Grund, warum es so wichtig ist, das Rekrutierungsverfahren und die Behandlung der Verwundeten zu verbessern.

Und hier meine ich nicht die medizinische Versorgung. Ich meine damit, dass sie einen angemessenen rechtlichen Status erhalten und auf korrekte Art und Weise aus den Streitkräften entlassen werden müssen. Weil auch Menschen eine Ressource sind, eine wertvolle Ressource. Und es kommt darauf an, wie diese Ressource genutzt wird.

Eine der Fragen des gesellschaftlichen Zusammenhalts, wenn es um die Rekrutierung geht, besteht darin, dass eine Person zur Armee eingezogen wird, während eine andere einen Weg finden kann, das zu umgehen. Und das ist ein Problem. Es muss für alle eine faire Behandlung beim Rekrutierungsverfahren geben. Und die gleiche Gerechtigkeit muss es geben, wenn jemand im Einsatz verwundet wird. Natürlich lassen sich die Situationen nur zum Teil angleichen, weil es, ganz gleich, was du tust, beim Krieg um Leben und Tod geht. Und das ist eine Bedrohung, die sich nie ganz beseitigen lässt. Man kann die Situation aber verbessern, wenn sichergestellt wird, dass die Menschen auf gerechte Weise rekrutiert werden; dass sie dann an die richtige Stelle geschickt werden; dass sie die richtige Ausbildung erhalten, bevor sie eine Rolle zugewiesen bekommen. Und seien wir ehrlich: Es gibt auch Ukrainer:innen, die das Gefühl haben, der Mangel an schweren Waffen werde dadurch kompensiert, dass sie ihre Gesundheit opfern müssen. Das ist der Grund, warum all diese Debatten über westliche Waffen – darüber, was wann und in welchem Umfang geliefert werden sollte – auch Auswirkungen auf den Willen der Ukrainer:innen haben, sich der Armee anzuschließen. Die beiden wichtigsten Dinge zur Aufrechterhaltung der Bereitschaft sind Waffen und eine gute Ausbildung.

Würden Sie zustimmen, dass wir uns jetzt in der »Mitte« des Krieges befinden, wie es der Analytiker Lawrence Freedman im September formulierte?

Das ist nur äußerst schwer zu beantworten. Letztes Jahr, als es die Freude nach dem ukrainischen Vormarsch im Gebiet Charkiw gab und Russland kurz davorstand, sich aus dem Westen des Gebietes Cherson zurückzuziehen, machten einige den großen Fehler zu denken, jetzt haben wir einen Moment wie 1944. Ich verwendete damals dieses Churchill-Zitat, um auszudrücken, dass wir es mit dem Ende der Anfangsphase zu tun haben. Es gibt aber auch bei diesem Zitat ein Problem: Als Churchill dies 1942 sagte, waren die Achsenmächte in der Tat auf dem Höhepunkt ihres Vormarsches und die Rüstungsindustrie der Alliierten nahm ihre Produktion auf, also lief die Mobilisierung auf vollen Touren. Wir können diese Logik aber nicht einfach auf heute übertragen.

Eine Logik aus dem Zweiten Weltkrieg, sei es nun von 1942 oder eine andere, greift heute nicht. Weil es erstens keine vergleichbare Mobilisierung der Rüstungsindustrie unserer Partner gibt. Und zweitens, weil wir Russland erlauben, sich neu aufzustellen, und wir damit die Lehre aus großen industriellen Kriegen ignorieren, die nämlich darin besteht, dass man den Gegner schneller dezimieren muss als dieser sich neu aufstellen kann. Es hätte diese Möglichkeit gegeben, wenn die Ukraine früher HIMARS-Systeme geliefert bekommen hätte, wenn im Frühjahr und Sommer 2022 zwei Armeecorps aufgestellt worden wären. Diese Chance wurde aber verpasst. Wir haben es zugelassen, dass Russland sich neu gruppiert und seine Front stabilisiert. Und jetzt können wir die russischen Kräfte nicht schneller zerstören als sie sich erholen können. Das wäre dann exakt die Geschichte des Zweiten Weltkrieges.

Das Gleiche gilt für eine Analogie zum Ersten Weltkrieg. Russland ist nämlich nicht vollkommen isoliert, wie Deutschland seinerzeit, während die Ukraine nicht über die Ressourcen verfügt, um sich auf die Verteidigung zu beschränken und dann schließlich dieses Momentum zu erzeugen, wenn der Gegner erschöpft ist – sowohl an der Front wie auch im Innern –, und dann einbricht. Daher sind solche Analogien irreführend. Und sie halten uns von einer ehrlichen Analyse und einer aufrichtigen Politik ab.

Es war Pétain, der Chef des Vichy-Regimes, denke ich, der gesagt hat, sein Plan sei, »auf die Amerikaner zu warten und auf ihre Panzer«.

Ja, und die Ukraine kann das nicht tun. Ich hatte diese Diskussion im März: Wir redeten bereits über die anstehende Gegenoffensive, und ein Mann fragte mich, warum ich so schnell zur Offensive übergehen will, warum wir nicht in der Defensive bleiben könnten und mit den Russen in der gleichen Weise umgehen könnten wie im Ersten Weltkrieg. Ich antwortete, dass ich das zwar gern tun würde, dass aber der Krieg unglücklicherweise auf ukrainischem Territorium stattfindet. Das bedeutet, dass Russland fast ungehindert die eigene Wirtschaft betreiben, sich neu gruppieren und die Produktion der Rüstungsindustrie erhöhen kann. Es gibt eine Asymmetrie, die zu Ungunsten der Ukraine ausfällt. Und es bedeutet, dass es nicht richtig, nicht fair wäre, in der Defensive zu verharren.

Der zweite Punkt ist, dass wir Waffen geliefert bekommen haben, sowie Munition und Ausbildung, und die Menschen erwarten Ergebnisse. Und leider leben wir in einer Zeit, in der die Menschen nur kurze Aufmerksamkeitsspannen haben und schnelle Ergebnisse erwarten. Deswegen hatten wir keine andere Wahl, als zur Offensive überzugehen, daher greift die Analogie zum Ersten Weltkrieg nicht.

Ein weiterer Punkt ist, dass Deutschland seinerzeit isoliert war und die Sanktionen wirkten, könnte man sagen. Ende 1916 und 1917 war die Lage für Deutschland bereits schwierig. Man verstand damals, dass schnell eine Lösung vonnöten war, sonst wäre man dem Untergang geweiht. Russland sieht sich leider keinem derartigen Druck ausgesetzt. Sie sind immer noch in der Lage, Halbleiter und andere Komponenten zu produzieren, die für die Waffenproduktion benötigt werden. Und leider haben wir Belege, dass sie es immer noch schaffen, westliche Teilkomponenten einzuschmuggeln. Hierin besteht für mich die tragischste Entwicklung.

Ein weiterer Unterschied besteht darin, dass die Ukraine – anders als Frankreich oder das Vereinigten Königreich im Ersten Weltkrieg – keine riesige eigene Rüstungsindustrie hat, mit der sie Millionen Granaten produzieren könnte. Deshalb funktionieren diese historischen Analogien nicht und sind eher schädlich als nutzbringend.

Es wurde gesagt, dass die ukrainische Gegenoffensive auch dazu gedacht war, dem Westen die Fähigkeit der Ukraine zu demonstrieren, dass man mit westlichen Waffen kämpfen kann. Denken Sie, dass die ukrainische Gegenoffensive in dieser Hinsicht ihr Ziel erreicht hat?

Unsere Partner:innen haben betont, wie sehr sich die Situation gegenüber 2022 verändert hat – ja! Damals war es Russland, das sich in der Offensive befand, zunächst in der gesamten Ukraine, dann in der Ostukraine. Und es ist für US-Vertreter:innen deutlich erkennbar, wie sich das verändert hat.

Natürlich wird jede Offensive nicht nur nach der Menge zerstörter Militärtechnik beurteilt, sondern auch nach der Größe der zurückeroberten Gebiete. Deshalb sagen viele, dass diese Offensive hinter den Zielen zurückbleibt. Dennoch ist der Umstand, dass die Ukraine in der Lage war, Russland in eine defensive Position zu zwingen, eine riesige Leistung, wenn wir die Dinge vom 24. Februar 2022 aus betrachten. Natürlich werden Menschen, die für die schnellstmögliche Aufnahme von Verhandlungen eintreten, sagen, dass ein dauerhafter Stellungskrieg herrscht. Sie werden jetzt leider neue rhetorische Munition erhalten, um ihre Position zu vertreten. Das ist der Grund, warum die Situation sehr heikel ist, warum wir uns einem Wendepunkt dieses Krieges nähern. Es hat bereits eine Diskussion darüber begonnen, wie lang, in welchem Maße und ob überhaupt die Ukraine zu unterstützen sei, und diese Debatte wird heftig ausfallen. Und bei dieser Debatte wird Russland alles daran setzen, durch Desinformation Einfluss zu nehmen.

Russland hat sich erholt. In den ersten Monaten der großangelegten Invasion waren sie durch die ukrainische Gegenreaktion geschockt. Nicht nur militärisch, sondern auch in Bezug darauf, was jetzt in einem weiteren Sinne zu tun ist. Jetzt haben sie sich erholt und wissen, was zu tun ist, nicht nur militärisch, sondern auch bei Operationen zur Einflussnahme. Also werden sie dieses Argument von einem endlosen Krieg ausnutzen, werden sagen, dass sei ein weiterer unendlicher Krieg für die USA, ein zweckloser Krieg usw. Sie werden ihr Bestes tun, die Debatte in einer Art zu beeinflussen, die für sie günstig ist, und für die Ukraine ungünstig.

Sie haben erwähnt, wie Ihrer Meinung nach weder Russland oder die Ukraine jetzt die strategische Initiative haben. Was sollte die Ukraine tun, um die strategische Initiative zu gewinnen?

Ich kann mich an keinen konventionellen zwischenstaatlichen Krieg erinnern, der gewonnen wurde, ohne wenigstens zum Teil diese strategische Initiative zu erlangen. Wir können uns den Ersten Weltkrieg anschauen, der endete, ohne dass auch nur irgendwelche Truppen der Entente deutschen Boden betraten. Und hierher stammt dieses hypothetische Szenario, bei dem Russland dann wegen einer Reihe militärischer und nichtmilitärischer Gründe beschließen würde, dass es nun genug sei, nach dem Motto: Der Krieg ist vorbei, lasst uns verhandeln (während wir immer noch einige Teile der Ukraine kontrollieren). Aber selbst, um dort hinzukommen, musst du auch wenigstens die Initiative zurückgewinnen. Wenn wir auf den Ersten Weltkrieg zurückblicken, dann sehen wir 1918 eine gescheiterte deutsche Offensive und eine Kette alliierter Erfolge. An diesem Punkt war es offensichtlich, dass erstens Deutschland den Krieg nicht mehr würde fortführen können. Und zweitens, dass es nicht in der Lage ist, die Initiative zurückzugewinnen. Es gab auch einen Konsens an der Heimatfront, dass man genug vom Krieg hatte.

Ich denke, dass ist der Grund, warum einige derart viel Hoffnung auf diese Offensive setzten. Sie dachten, dass wenn die Ukraine wirklich erfolgreich wäre, wenn sie die russischen Geländegewinne seit dem 24. Februar vollständig rückgängig machen könnte, wenn sie die Landbrücke zur Krim abschneiden könnte, dann könnten wir in eine Situation kommen, in der Russland beschließt, dass nun genug ist. Und das wiederum ist der Grund, warum eine strategische Initiative vonnöten ist, und warum Offensiven notwendig sind.

Weil Russland ansonsten zu dem Schluss kommen könnte, dass es für sie reicht in der Defensive zu bleiben und die Verhandlungsposition zu verbessern. Und wenn sie die Stellungen vor Ort verteidigen können, könnten sie beschließen, dass es mit der Defensive reicht; dann wird die Ukraine früher oder später verhandeln müssen. Daher ist offen-

sives Vorgehen notwendig – nicht einfach eine Gegenoffensive und nicht einfach nur das Ausnutzen russischer Fehler. Die Leute haben im letzten Jahr diesen großen Fehler gemacht, als sie auf die beiden ukrainischen Gegenoffensiven schauten und dachten, die Ukraine hätte die strategische Initiative übernommen. Das war aber Unsinn – wir haben lediglich russische Fehler ausgenutzt.

Theoretisch ist alles ganz einfach. Du kombinierst defensives und offensives Vorgehen, du änderst das Verhältnis der Kräfte, du mobilisierst in einem Tempo, das es ermöglicht, den Gegner zu zerstören, mehr zu produzieren, und den Gegner daran hindert, sich neu aufzustellen. Natürlich gibt es da sehr viele Beschränkungen und Grenzen, wenn wir darüber sprechen, wie die Ukraine die strategische Initiative teilweise zurückgewinnen kann. Russland hat Atomwaffen, was bedeutet, dass in den Köpfen unserer Verbündeten immer ein Abwägen zwischen der notwendigen Unterstützung und Überlegungen zum Eskalationsmanagement stattfindet. Es gibt auch das Problem, wie man die Produktion in Russland schrumpfen lassen kann. Wenn man sich nämlich wiederum das Beispiel des Zweiten Weltkrieges anschaut, gibt es dieses Mal keine strategischen Bombenangriffe.

Wenn man sich Karten anschaut und sich vorstellen würde, dass es keine Einschränkungen für die Fähigkeiten der Ukraine gäbe, zu kämpfen... die besten Angriffspunkte liegen außerhalb der Ukraine! Das wäre der beste Weg, aus diesem wirklich schwierigen Stellungskrieg herauszukommen: Erst nach Woronesch vorstoßen, und dann nach Süden abbiegen, nach Rostow, und die Stellungen der russischen Kräfte würde dann vollkommen von der Krimbrücke abhängen. Aber wir können es nicht machen. Und das ist das Problem.

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

Das Interview mit *Mykola Bielieskov* wurde Ende September 2023 von *Fabrice Deprez* geführt und erschien auf Englisch in dessen Substack-Newsletter *Ukrainian Pulse* und ist zugänglich unter <https://eastradar.substack.com/p/ukrainian-pulse-6>. Die deutsche Übersetzung basiert auf einem längeren, editierten Gesprächsauschnitt.

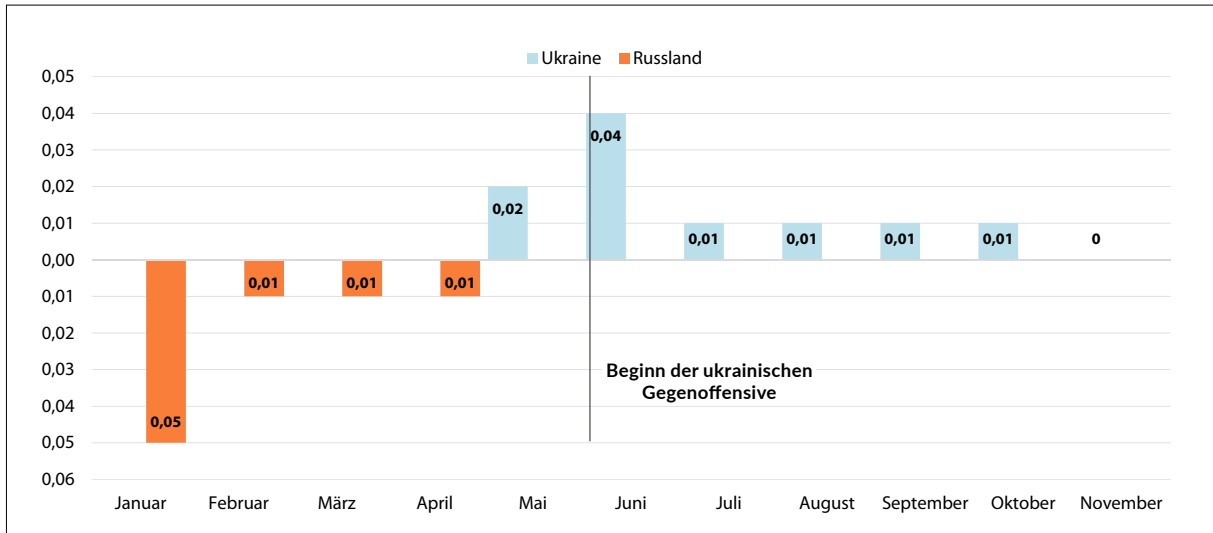
Die Redaktion der Ukraine-Analysen dankt *Fabrice Deprez* und *Mykola Bielekov* für die Erlaubnis zum Nachdruck des übersetzten Interviews.

Mykola Bielieskov arbeitet am Nationalen Institut für strategische Studien des ukrainischen Präsidenten in der Abteilung für Verteidigungspolitik. Seit 2022 ist er außerdem Chef-Analyst bei der ukrainischen Wohltätigkeitsorganisation *Come Back Alive*.

STATISTIK

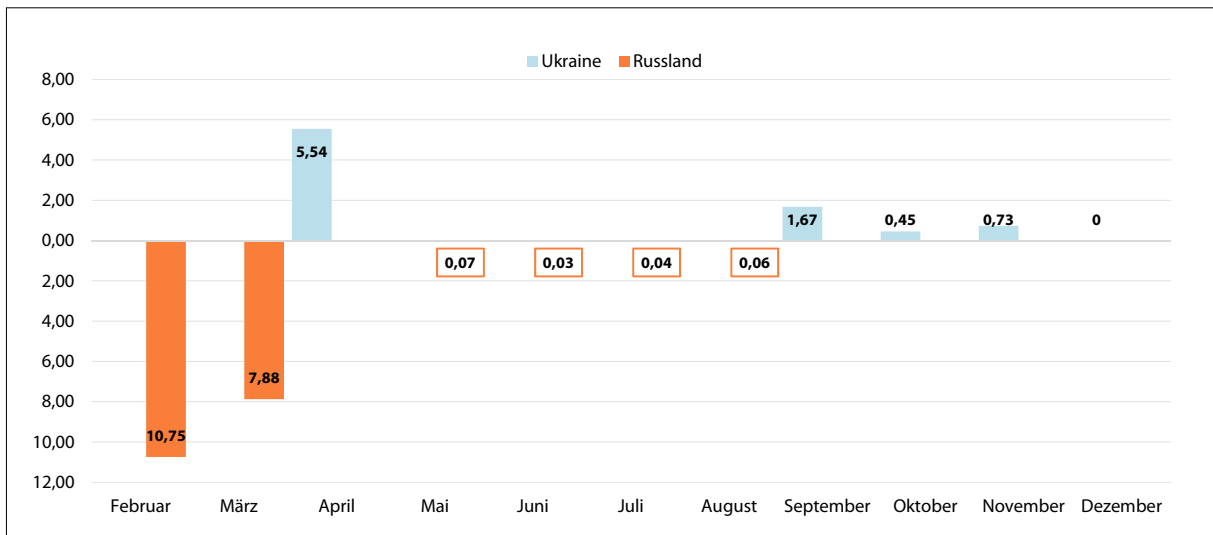
Geländegewinne seit Beginn der Großinvasion

Grafik 1: Geländegewinne Russland/Ukraine 2023 (in % der Landesfläche der Ukraine)



Quelle: Warmapper.org.

Grafik 2: Geländegewinne Russland/Ukraine 2022 (in % der Landesfläche der Ukraine)



Quelle: Warmapper.org.

Deutschland: Ein Schlüsselakteur in der neuen Kriegsphase?

Von Mattia Nelles (Deutsch-Ukrainisches Büro, Düsseldorf/Berlin)

Eintritt in eine schwierige Kriegsphase

Während die westliche Öffentlichkeit die letzten Wochen gebannt auf die Entwicklungen im Nahen Osten und in Gaza blickt, geht der russische Angriffskrieg langsam in eine neue, für die Ukraine schwierige Phase über. Nach dem Scheitern der ukrainischen Gegenoffensive ist Ende 2023 kaum absehbar, wann das Land in den nächsten Monaten genug ausgebildete und ausgeruhte Soldat:innen, Equipment und Munition zusammenziehen kann, um die Befreiung der von Russland besetzten Gebiete fortzusetzen. Allmählich versiegen die Bestände an Munition und Ersatzteilen für die alten Sowjetsysteme. Nach der Euphorie infolge der signifikanten Befreiungen in 2022 und den hohen Erwartungen an die eigene Sommeroffensive in diesem Jahr, herrscht aktuell Ernüchterung und Ermüdung – die aber nicht mit Defätismus zu verwechseln sind. Umfragen zeigen immer noch, dass eine große Mehrheit trotz oder vielleicht gerade wegen der Verluste das Einfrieren des Krieges auf Kosten von Gebietsverlusten ablehnt.

Gleichzeitig hat Russland trotz eigener hoher Verluste an Soldaten und Material und den Sanktionen auf Kriegswirtschaft umgeschaltet. Gute 40 Prozent des Staatshaushalts werden 2024 für Armee und Sicherheitsdienste ausgegeben. Die Armee soll im nächsten Jahr noch einmal um 300.000 Soldaten vergrößert werden. Gleichzeitig ist klar, dass Wladimir Putin an seinen Kriegszielen, der Unterwerfung und Zerstörung der Ukraine, festhält. Putin setzt darauf, dass die westliche Unterstützung langfristig abnimmt und seine Streitkräfte trotz immenser Verluste die Ukraine eines Tages doch noch militärisch schlagen können.

Rückläufige internationale Unterstützung

Ausgerechnet in dieser schwierigen Zeit zeigen die neuesten Daten des Kieler Instituts für Weltwirtschaft (IFW) einen starken Rückgang westlicher Ukraine-Hilfen. Zwischen August und Oktober diesen Jahres belief sich der Gesamtwert neuer Pakete auf nur 2,11 Mrd. Euro. Das ist der niedrigste Betrag seit Januar 2022 und bedeutet einen fast 90-prozentigen Rückgang gegenüber dem gleichen Zeitraum im Jahr 2022. Die rückläufigen Zusagen bedeuten, dass die Ukraine zunehmend auf eine Kerngruppe von Ländern wie die USA, Deutschland sowie nord- und osteuropäische Staaten angewiesen ist, schreibt das IFW.

Sowohl Ukrainer:innen als auch Europäer:innen blicken derweil mit großer Sorge auf die innenpolitischen Auseinandersetzungen über die US-amerikani-

schen Ukraine-Hilfen, denn die USA ist der mit Abstand wichtigste Unterstützer der Ukraine. Mit Stand Anfang Dezember ist völlig unklar, ob und wann das von Biden vorgeschlagene Hilfspaket im Gesamtvolumen von 106 Milliarden US-Dollar, von denen 61 Mrd. US-Dollar für die Ukraine vorgesehen sind, verabschiedet wird. Inmitten der politischen Streitigkeiten appellierte Präsident Joe Biden an die Republikaner, militärische Hilfen für die Ukraine nicht zu blockieren. Ohne sie könne Putin siegen und NATO-Länder angreifen und dann würden amerikanische Soldaten direkt kämpfen müssen, so Präsident Biden.

Wegen dieser für die Ukraine so schwierigen Großwetterlage titelte der *Economist* jüngst sogar: “Putin seems to be winning the war in Ukraine—for now”. Als einen der Hauptgründe dafür sieht das britische Magazin das Fehlen einer strategischen Vision insbesondere in Europa sowie den politischen Willen, der Ukraine entschlossener zu helfen.

Deutschland muss mehr Verantwortung übernehmen

Genau an diesem Punkt kommt es auf Europa und vor allem auf Deutschland an, mehr Verantwortung für die Ukraine zu übernehmen. Die europäischen Partner täten gut daran, sich schon jetzt auf die mögliche Wahl von Donald Trump vorzubereiten, was den Ausfall Amerikas als wichtigste Stütze der Ukraine-Hilfe bedeuten könnte. Mit 21 Milliarden Euro an Hilfen für die Ukraine, darunter 17 Mrd. an militärischen Hilfen, steht Deutschland als zweitgrößter Geber hinter den USA grundsätzlich gut dar.

Auch wegen der kontinuierlichen Unterstützung und der aktiven Bereitstellung von Flugabwehrsystemen ist Deutschlands Ansehen nach dem anfänglichen Zögern zu Beginn der Vollinvasion gestiegen. Jüngste Umfragen des New Europe Centre zeigen etwa, dass das Vertrauen der Ukrainer:innen in Olaf Scholz trotz des Zögerns bei den dringend benötigten Taurus-Marschflugkörpern im Vergleich zu 2022 um rund 12 Prozent (von 49,2 auf 61,4 Prozent) gestiegen ist. Zuletzt einigte sich die Ampel-Koalition, die Militärhilfen für die Ukraine von vier auf acht Milliarden Euro zu verdoppeln. Die höheren Militärausgaben sind wichtig, decken aber lediglich die erwarteten Bedarfe der Ukraine ab und ersetzen keinesfalls den drohenden Rückgang oder gar Wegfall der U.S.-Hilfen.

Das langsame Hochfahren der Rüstungsindustrie und das Scheitern der Produktion von einer Millionen

Artilleriegeschosse bis März 2024 zeigen, dass Deutschland und Europa nicht auf einen längeren Krieg vorbereitet sind. Nach fast zwei Jahren Vollinvasion sind die Bestände der Bundeswehr und Industrie größtenteils erschöpft und es werden kaum noch vorhandene Systeme abgegeben werden können, ohne die eigene Landes- und Bündnisverteidigung zu schwächen. Daher beschränken sich die Hilfen bei schweren Waffen derzeit im Wesentlichen auf die Instandsetzung der alten Leopard 1-Panzer.

Zur Wahrheit gehört ebenso, dass Deutschland nach fast zwei Jahren immer noch nicht weggekommen ist von der inkrementellen Abgabe bereits vorhandener Systeme. Bisher gab es keine größeren Bestellungen bei der Industrie, die der Ukraine den mittel- bis langfristigen Übergang von alten sowjetischen hin zu modernen Systemen ermöglichen. Von den 18 abgegebenen Leopard-2 Panzern wurden lediglich 18 neue Systeme nachbestellt und von der Option, als Teil des Rahmenvertrages bis zu 100 weitere Panzer zu kaufen, die an die Ukraine übergeben werden könnten, wurde kein Gebrauch gemacht. Auch die im Frühjahr 2022 ausgestellte Exportgenehmigung für 100 neue Panzerhaubitzen-2000 wurde bisher von der Ukraine nicht genutzt, auch weil dem angegriffenen Land die Mittel dafür fehlen und Deutschland sich bisher nicht bereit erklärt hat, im Verbund mit anderen Ländern dafür Kredite zur Verfügung zu stellen. Mit Blick auf den vermutlich noch länger andauernden Krieg muss Deutschland Abschied nehmen von der Salamitaktik in Form der Abgabe von einzelnen Restbeständen der Bundeswehr und der Industrie hin zur langfristigen und systematischen militärischen Ertüchtigung der Ukraine.

Bereits heute arbeiten hunderte von ukrainischen Unternehmen an der Produktion von Drohnen, Raketen und Mitteln der elektronischen Kampfführung. Gleichzeitig verfügt das Land über nicht zu unterschätzende Fähigkeiten, westliche Systeme zu reparieren. Genau deswegen wird es 2024 stark darauf ankommen, ob Europa – angeführt von Deutschland und anderen Ländern –, der Ukraine schnell dabei hilft, die heimische Produktion von Drohnen, Störsendern, Ersatzteilen

für gelieferte Systeme etc. durch die Bereitstellung von Maschinen, Equipment, Know-How und Investitionen auszubauen. Der Markteintritt von Rheinmetall in die Ukraine kann dabei nur ein erster Schritt sein.

Ein Sieg Putins muss dringend verhindert werden

Gleichzeitig müssen deutsche Politiker:innen, an erster Stelle Olaf Scholz, Deutschland auf einen längeren Krieg einstellen. Damit die Unterstützung nicht einbricht – eine repräsentative Umfrage der Körber-Stiftung von November 2023 zeigt, dass 66 Prozent der Deutschen die militärische Unterstützung der Ukraine befürworten und 54 Prozent glauben, dass das Ziel dieser Unterstützung die Befreiung der von der Ukraine besetzten Gebiete sein sollte – muss den Menschen genau dargelegt werden, was langfristig auf dem Spiel steht und warum die deutsche, europäische und westliche Unterstützung für die Ukraine nicht nur moralisch geboten ist, sondern in unserem ureigenen Interesse. Russlands Krieg findet schließlich auf europäischem Boden statt und betrifft uns Europäer:innen direkt. Ein Sieg Putins in der Ukraine käme einem Horrorszenario gleich. Neben vielen Millionen neuen Geflüchteten und immenser Instabilität an den EU-Grenzen würde Putin höchstwahrscheinlich seine neo-imperialistischen Bestrebungen gegen EU und NATO-Länder fortsetzen. Jüngste Drohungen gegen Lettland zeigen, dass sich Putins Aggression nicht nur auf die Ukraine beschränkt.

Die Ukraine braucht wie kaum zuvor eine entschlossene und strategisch agierende Führung Deutschlands. Der Fokus auf Luftverteidigung bleibt wichtig, aber mit Flugabwehr alleine wird die Ukraine diesen Krieg nicht gewinnen. Stattdessen sollte Deutschland langfristiger und systematischer auf diesen Krieg blicken. Das bedeutet auch, wir müssen die Ukraine schnellstmöglich befähigen, selbst eigene Waffensysteme zu produzieren und zu reparieren.

Putin setzt alles daran diesen Krieg zu gewinnen, und aktuell scheint sein Kalkül aufzugehen. Es liegt auch an uns, das zu verhindern.

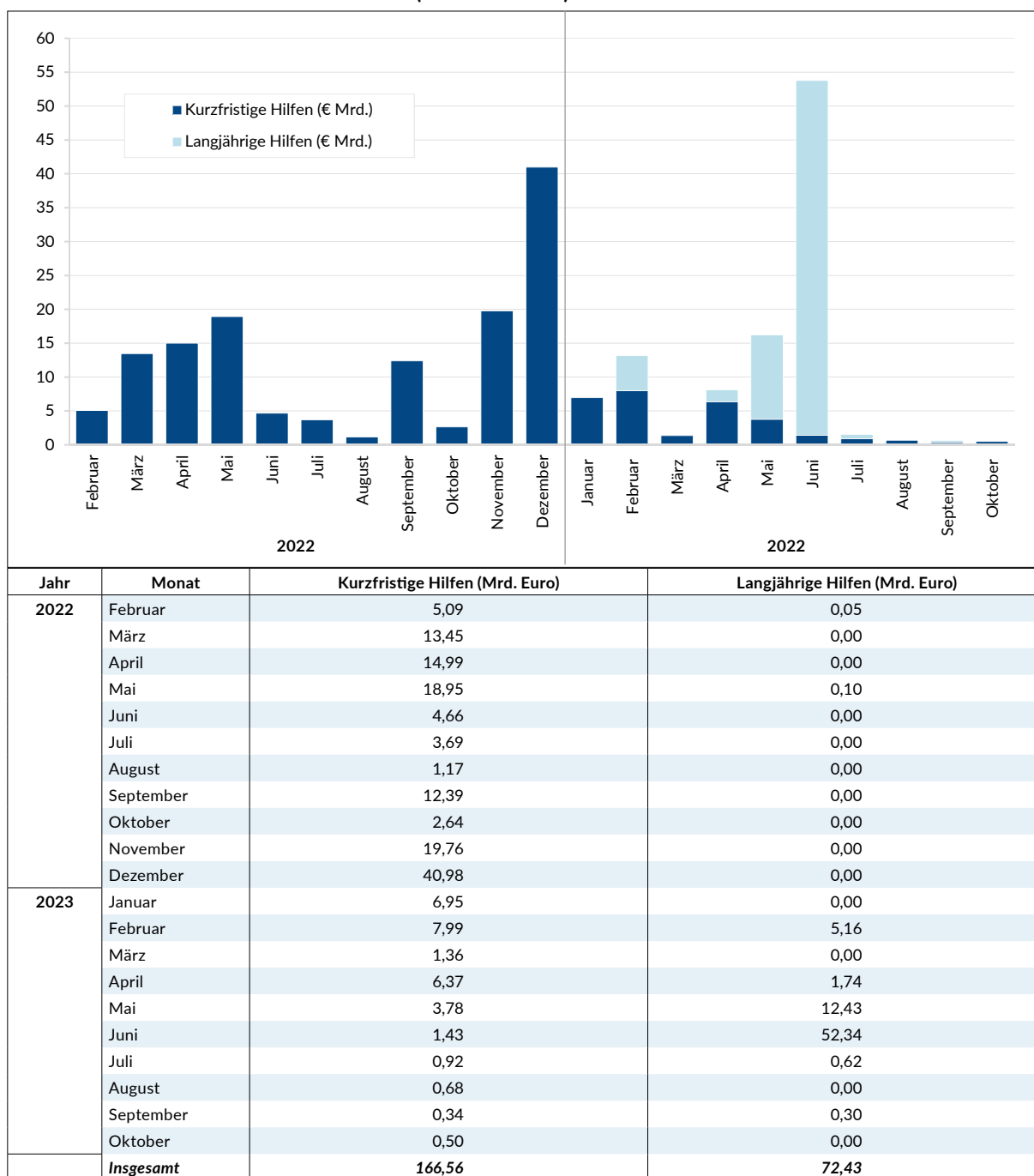
Über den Autor:

Mattia Nelles ist Ukraine-Experte und Gründer des Deutsch-Ukrainischen Büros. Er arbeitete für die GIZ in der Ukraine und war Programmdirektor Ukraine am Zentrum Liberale Moderne in Berlin. Zuletzt erschien von ihm ein Beitrag zu den ukrainisch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen in Osteuropa 7-9/2023, <https://zeitschrift-osteuropa.de/hefte/2023/7-9/wes-brot-ich-ess-des-lied-ich-nicht-sing/>.

STATISTIK

Internationale Hilfen

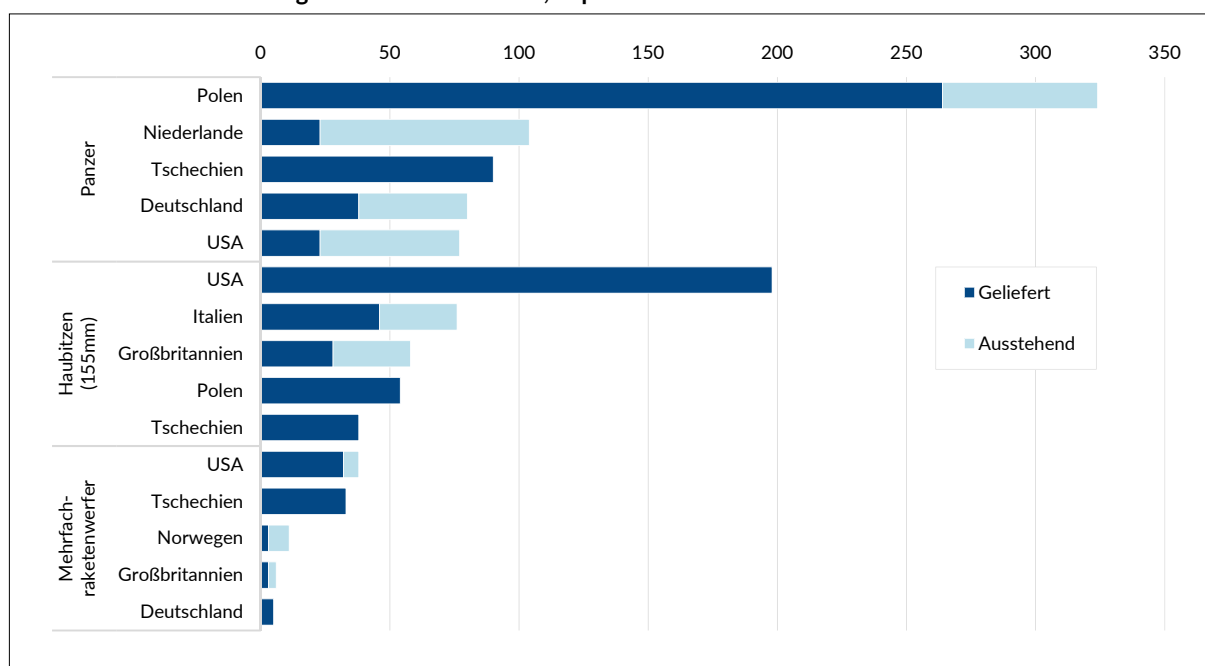
Grafik 1: Dynamik der Unterstützung: Gesamtzusagen nach Monaten, einschließlich mehrjähriger Zusagen, Februar 2022 – Oktober 2023 (Milliarden Euro)



Anm.: Beinhaltet mehrjährige und kurzfristige bilaterale Verpflichtungen gegenüber der Ukraine. Mehrjährige Zusagen beziehen sich auf Vereinbarungen oder Verpflichtungen, die über ein einziges Jahr hinausgehen. Kurzfristige Zusagen beziehen sich auf Vereinbarungen oder Verpflichtungen, die für ein Jahr oder weniger vorgesehen sind. Nicht enthalten sind private Spenden, die Unterstützung von Flüchtlingen außerhalb der Ukraine und die Hilfe internationaler Organisationen. Die Zusagen der Europäischen Union umfassen die EU-Kommission und den Rat, die EPF und die EIB. Informationen über Datenqualität und Transparenz finden Sie in unserem Datentransparenzindex.

Quelle: Christoph Trebesch, Arianna Antezza, Katelyn Bushnell, Pietro Bompreszi, Yelmurat Dyussimbinov, Andre Frank, Pascal Frank, Lukas Franz, Ivan Kharitonov, Bharath Kumar, Ekaterina Rebinskaya, Christopher Schade, Stefan Schramm & Leon Weiser (2023). »The Ukraine Support Tracker: Which countries help Ukraine and how?« Kiel Working Paper, No. 2218, 1-75, <https://www.ifw-kiel.de/publications/ukraine-support-tracker-data-20758/>.

Grafik 2: Unterstützung mit schweren Waffen, Top-5



Waffenart	Land	Zugesagt	Geliefert	Ausstehend
Panzer	Polen	324	264	60
	Niederlande	104	23	81
	Tschechien	90	90	0
	Deutschland	80	38	42
	USA	76	23	54
Haubitzen (155mm)	USA	198	198	0
	Italien	76	46	30
	Großbritannien	58	28	30
	Polen	54	54	0
	Tschechien	38	38	0
Mehrfachraketenwerfer	USA	38	32	6
	Tschechien	33	33	0
	Norwegen	11	3	8
	Großbritannien	6	3	3
	Deutschland	5	5	0
Gesamt		1191	878	314

Quelle: Christoph Trebesch, Arianna Antezza, Katelyn Bushnell, Pietro Bompreszi, Yelmurat Dyussimbinov, Andre Frank, Pascal Frank, Lukas Franz, Ivan Kharitonov, Bharath Kumar, Ekaterina Rebinskaya, Christopher Schade, Stefan Schramm & Leon Weiser (2023). »The Ukraine Support Tracker: Which countries help Ukraine and how?« Kiel Working Paper, No. 2218, 1-75, <https://www.ifw-kiel.de/publications/ukraine-support-tracker-data-20758/>.

Selenskyjs Appelle an russische Staatsbürger:innen im ersten Jahr des russischen Aggressionskriegs gegen die Ukraine

Von Seongcheol Kim (Universität Bremen)

DOI: 10.31205/UA.292.01

Zusammenfassung

Dieser Beitrag präsentiert die Ergebnisse einer jüngst veröffentlichten Studie über die Kommunikationsmuster des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj gegenüber den Bürger:innen Russlands im ersten Jahr des russischen Angriffskriegs. Dabei werden insbesondere zwei Phasen identifiziert: In der ersten appellierte Selenskyj an Antikriegsdissens innerhalb Russlands als Teil einer gemeinsamen Sache mit der ukrainischen Verteidigung gegen die russische Invasion; in der zweiten Phase – nach der Aufdeckung russischer Kriegsverbrechen in Butscha und anderen Orten – thematisierte er die kollektive Verantwortung der russischen Bevölkerung aufgrund deren kollektiven Schweigens.

Einleitung

Am Vorabend der russischen Vollinvasion am 24. Februar 2022 trat der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj mit einem »Appell an die Bürger der Russischen Föderation« auf. Die knapp neunminütige Rede hatte eine klare Botschaft, die zudem in russischer Sprache gehalten war: »Das Volk der Ukraine will Frieden. Die Regierung der Ukraine will Frieden« – wohingegen »eure Staatsführung« sich mit ihren Drohgebärden auf dem Weg zu einem großen Kriegsausbruch befinde. Jetzt müssten »einfache, gewöhnliche Menschen« innerhalb Russlands die Stimme ergreifen, so Selenskyj, um die eigene Regierung daran zu hindern, einen Krieg über die Köpfe der Bürger hinweg anzuzetteln. Denn es seien gerade »die Menschen« beiderseits der russisch-ukrainischen Grenze, die von einem Krieg zwischen den Nachbarländern am meisten zu verlieren hätten: »Wer wird am meisten darunter leiden? Die Menschen. Wer will das am wenigsten? Die Menschen. Wer kann das verhindern? Die Menschen.« Es seien genau diese Menschen in Russland – »Männer, Frauen, ältere Menschen, Kinder, Väter und vor allem Mütter« –, die die letzte Hoffnung für den Frieden darstellen würden. Ob es tatsächlich zu einem Krieg kommt, »hängt nur von euch ab, Bürger der Russischen Föderation«.

Selenskyjs Videoauftritt, der in den frühen Morgenstunden vor Invasionsbeginn viral ging und schnell über eine Million YouTube-Aufrufe erzielte, war in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert: Das ukrainische Staatsoberhaupt wandte sich an das russische Publikum »nicht als Präsident«, sondern auf Augenhöhe »als Bürger der Ukraine«, und appellierte an ein gemeinsames Antikriegsinteresse der Menschen in beiden Ländern, ohne allerdings das Kreml-Narrativ einer historischen Einheit der russischen und ukrainischen Völker zu reproduzieren. Er verzichtete auf jegliche Bezugnahme auf kulturelle oder historische Nähe zwischen den beiden Ländern und betonte stattdessen den Stellenwert des Friedens für

alle Menschen überall sowie die Rolle der russischen Staatsführung als gemeinsame Bedrohung des Friedens. Nach Invasionsbeginn stellte sich die Frage, inwiefern Selenskyj eine solche Ansprache fortführen und somit weiterhin an ein gemeinsames Antikriegsinteresse über die Frontlinie hinweg (auf der Ebene der »einfachen Bürger:innen« beider Länder) appellieren würde – oder aber eine gemeinsame Verantwortung der Bürger:innen Russlands und deren Staatsführung für den Angriffskrieg ausmachen würde. Beide Varianten waren angesichts der Vorabendrede denkbar: Schließlich hatte Selenskyj betont, dass die Frage von Krieg oder Frieden »nur von euch« kollektiv entschieden werden wird.

Zur Beantwortung dieser Frage wurden zwölf Reden Selenskyjs mit Appellen an russische Staatsbürger:innen im ersten Jahr des russischen Aggressionskriegs diskursanalytisch ausgewertet. Im Rahmen der Studie wurden die relevanten Textstellen manuell kodiert, um die Sinnrelationen zwischen einzelnen Begriffen nach dem Instrumentarium der postfundamentalen Diskursanalyse (PDA) einzuordnen. Im Folgenden werden die Ergebnisse dieser Studie in der komprimierten Form einer Periodisierung vorgestellt: Phase I, in der Selenskyj an eine gemeinsame Sache zwischen der ukrainischen Verteidigung gegen die Invasion und russischem Antikriegsdissens appellierte; das Bekanntwerden der russischen Kriegsverbrechen in Butscha und anderen befreiten Orten als Wendepunkt hin zur Zuschreibung kollektiver Verantwortung der Bürger:innen Russlands; und schließlich Phase II, in der Selenskyj das kollektive Schweigen der Bürger:innen Russlands bei jeder neuen Eskalationsstufe kritisierte und vor den Konsequenzen dieses Schweigens warnte.

Phase I: Aufruf zu einer gemeinsamen Sache

Während seiner Erklärung vor Pressevertreter:innen am späten Vormittag des 24. Februar 2022 richtete Selen-

skyj einen kurzen Appell in ukrainischer Sprache an »das russische Volk« (eigene Übersetzung):

Der russische Staat befindet sich auf dem Pfad des Bösen. Aber vieles hängt noch vom russischen Volk ab. Die Bürger Russlands werden selbst bestimmen, auf welchem Pfad jeder Einzelne von ihnen sich befindet. Es ist Zeit für all diejenigen in Russland, die ihr Gewissen nicht verloren haben, hinauszugehen und gegen diesen Krieg zu protestieren, gegen den Krieg mit der Ukraine.

Die Botschaft im Anschluss an seine Vorabendrede war deutlich: Noch sei es nicht zu spät; die »Bürger Russlands« könnten aufstehen und ihre Stimme gegen den Krieg erheben; ob die russische Staatsführung ihren Angriff weitertreiben kann, hänge nicht zuletzt von ihrem Volk ab. Anschließend rief Selenskyj seine ukrainischen Mitbürger:innen dazu auf, alle Kommunikationskanäle mit Freund:innen, Verwandten und sonstigen Kontakten in Russland auszuschöpfen, damit die Russ:innen die Wahrheit über den Krieg erfahren würden. So wurde der Ton für die erste Phase von Selenskyjs Appellen an russische Bürger:innen bis Ende März gesetzt, in der Selenskyj während seiner täglichen Lageberichte zum Stand der ukrainischen Verteidigung gegen die Invasion auch periodische Aufrufe in russischer Sprache zum Widerstand im Innern des Aggressorstaats machte. In seinem Auftritt am 26. Februar bekräftigte er (und wechselte an dieser Stelle vom Ukrainischen ins Russische): »Je schneller ihr eurer Regierung sagt, dass der Krieg umgehend beendet werden muss, desto mehr von euch werden am Leben bleiben.« Dabei bedankte er sich persönlich für »die Aktionen eurer Bürger gegen den Krieg« und rief zu mehr Protest auf: »Stoppt einfach die, die euch belügen, uns belügen, die ganze Welt belügen«.

In dieser ersten Phase appellierte Selenskyj an eine gemeinsame Sache zwischen der ukrainischen Verteidigung gegen die russische Invasion einerseits und dem Antikriegsdissens innerhalb Russlands andererseits. Hierzu gehörte ein bemerkenswerter Appell am 6. März, in dem er erklärte, dass die Ukrainer:innen heute um die Wahl »zwischen Freiheit und Sklaverei« kämpfen und dass die Russ:innen mit genau derselben Entscheidung konfrontiert seien:

Die Bürger Russlands sind gerade dabei, genau dieselbe Wahl zu treffen. In diesen Tagen. In diesen Stunden. Zwischen Leben und Sklaverei. Heute. Morgen. Nächste Woche. Das ist die Zeit, wo man das Böse ohne irreversible Verluste noch besiegen kann. Wo für eure Haltung Entlassungen oder Polizeiwagen drohen und nicht Gulag. Materielle Verluste und nicht Erschießung. [...] Wenn ihr jetzt schweigt, dann wird für euch nur noch eure Armut sprechen. Und

der wird nur noch mit Repression geantwortet werden. Schweigt nicht!

Hier akzentuierte Selenskyj den Handlungsdruck für Antikriegsproteste in Russland, indem er diese als Teil ein und desselben Kampfes wie jener der Ukraine und als letzte Hoffnung vor einer düsteren Zukunft für Russlands Normalbürger:innen bezeichnete. Auch am 11. März warnte Selenskyj die Russ:innen vor einer Rückkehr »in die 1990er-Jahre«, die der russische Staat mit seiner Kriegsführung und der bevorstehenden ökonomischen Verelendung bewusst in Kauf nehme.

Genauso wie in seiner Rede am Vorabend der Invasion appellierte Selenskyj an ein gemeinsames Antikriegsinteresse der Normalbürger:innen in beiden Ländern, ohne dabei auf historische oder kulturelle Gemeinsamkeiten zu rekurrieren; vielmehr fungierte die Kriegsführung durch den russischen Staat als gemeinsame Bedrohung, gegen die gekämpft werden müsse. Als Höhepunkt dieser Kommunikationsstrategie diente das [Online-Interview mit russischen \(größtenteils oppositionellen\) Journalisten](#) am 27. März, das seine Offenheit für Dialog mit der russischen Öffentlichkeit zur Schau stellte und seine in den vorherigen Wochen artikulierten Botschaft abermals zutage brachte. Zum wiederholten Male rief Selenskyj zu Antikriegsaktionen in Russland als Voraussetzung für das Ende des Krieges auf – hierfür brauche es einen gesellschaftlichen Konsens innerhalb Russlands, dass »der Krieg ein großer Fehler war, der dem russischen Volk eine Katastrophe gebracht hat« – und hob den Stellenwert des Friedens als unschätzbare Gut »für die Kinder« hervor, auch wenn erwachsene Menschen auf beiden Seiten der Frontlinie sich nie vergeben würden.

Wendepunkt Butscha: Die Frage der kollektiven Verantwortung

Mit der öffentlichkeitswirksamen Entdeckung russischer Kriegsverbrechen in Butscha und weiteren Orten der befreiten Gebiete um Kyjiw fand eine Verschiebung in Selenskyjs Ansprachen gegenüber den Bürger:innen Russlands statt. In seinem [Auftritt am 3. April](#) stellte Selenskyj den Russ:innen eine Reihe einfacher Fragen: »Warum wurden einfache friedliche Menschen in einer einfachen friedlichen Stadt zu Tode gefoltert? [...] Was hat Butscha eurem Russland getan? Wie wurde das alles möglich?« Er wandte sich an »russische Mütter« und »alle Führungskräfte der Russischen Föderation«, die doch hätten erahnen können, »was in ihren Kindern steckt« bzw. »wie ihre Befehle vollstreckt werden«. Die Logik seiner Botschaft war simpel: Die systematische Brutalität einfacher russischer Soldaten gegen einfache ukrainische Zivilist:innen hätte kaum ohne Duldung von oben sowie entsprechender Erziehung und gesellschaftlichen Sozialisierung stattfinden können. Das Gesamtbild

des russischen Staates sei fortan von diesen Gräueltaten geprägt, so dass all jene innerhalb Russlands, die immer noch schweigen, »lebenslang mit Nazismus assoziiert« werden würden, wie Selenskyj am 6. April formulierte.

»Butschka« wurde im öffentlichen Diskurs in der Ukraine zu einer Chiffre für russische Gräueltaten sowie einem Wendepunkt in Selenskyjs Ansprachen gegenüber den Bürger:innen Russlands. Vor dem Hintergrund verschwindend geringer Proteste in Russland im Kontext erhöhter Repressalien sowie einer dichten Reihenfolge von Eskalationsereignissen – die brutale russische Eroberung von Mariupol, der Zusammenbruch der von der Türkei vermittelten Friedensverhandlungen sowie tödliche russische Bombardierungen ziviler Objekte, beispielsweise in Kremenchuk und Winnyzja im Sommer 2022 – ließ sich Selenskyjs Ausgangsfrage an die Russ:innen nach deren Bereitschaft zum Antikriegsdisens zunehmend leicht mit »nein« beantworten. Somit wurde die zweite Phase eingeleitet, die von Selenskyjs Vorwurf des kollektiven Schweigens an die Bürger:innen Russlands sowie Mahnungen vor den Konsequenzen dieses Schweigens gekennzeichnet ist.

Phase II: Die Konsequenzen des kollektiven Schweigens

Ein erster Kristallisationspunkt für die Kritik des kollektiven Schweigens war Selenskyjs Forderung nach Visumseinschränkungen auf EU-Ebene für russische Staatsbürger:innen im August 2022. Der ukrainische Präsident begründete diese Forderung in seinem Auftritt am 14. August, indem er »das Schweigen der Menschen« in Russland mit »Komplizenschaft« gleichsetzte: »Wenn ihr die russische Staatsbürgerschaft habt und schweigt, heißt das, ihr wehrt euch nicht, das heißt, ihr unterstützt damit« die Kriegsführung des russischen Staates. Hier zeigt sich, dass diese Verschiebung von der ersten zur zweiten Phase dennoch innerhalb der Logik von Selenskyjs Ausgangsappellen an russische Bürger:innen stattfindet: nämlich die Botschaft, dass »ihr« von Anfang an die Verantwortung – und die Möglichkeit – für die Verhinderung bzw. Beendigung des Krieges gehabt und euch stattdessen für Schweigen entschieden habt, obwohl mit jeder neuen Eskalationsstufe die Gräueltaten der Invasoren immer sichtbarer wurden.

Am Tag nach der Verkündung der sog. Teilmobilmachung in Russland am 21. September 2022 wandte sich Selenskyj an betroffene Russen mit der Botschaft, dass dieser Schritt aus ihrem kollektiven Schweigen resultiere und nun die Entscheidung bevorstehe, sich endlich gegen den Krieg zu wehren oder in diesem zu sterben:

Ihr seid Mitbeteiligte an all diesen Verbrechen, Ermordungen und Folterungen an den Ukrainern. Weil ihr geschwiegen habt. Weil ihr schweigt. Und jetzt ist für euch der Moment

der Wahl. Für Männer in Russland heißt die Wahl: sterben oder leben. [...] Wollt ihr mehr [Tote]? Nein? Dann geht protestieren. Wehrt euch. Rennt weg. Oder begeben euch in ukrainische Gefangenschaft.

Gleichzeitig bezog er sich auf vereinzelte Protestaktionen von »Menschen in Dagestan, in Burjatien, in anderen nationalen Republiken und Oblasten Russlands«, die die Sinnlosigkeit des Sterbens in einem von »einem Menschen« (d. h. Putin) angezettelten Krieg verstanden hätten und insofern aussichtsreiche Quellen für Antikriegsprotest darstellen würden. Vor dem Hintergrund von Protesten gegen die Teilmobilmachung in Dagestan und anderen Regionen richtete Selenskyj am 29. September einen Sonderappell »an die Völker des Kaukasus«. Vor einem Kyjiwer Denkmal für den kaukasischen Unabhängigkeitskämpfer Imam Schamil rief Selenskyj alle »indigenen Völker« Russlands dazu auf, gegen einen Krieg aufzustehen, der ihnen gegen ihren Willen aufgezungen worden sei und sich genauso gegen sie richte wie gegen die Ukraine: »eine Spezialoperation der Verlogenheit, des Terrors, der Vernichtung der indigenen Völker«. Dieser Appell folgte einer ähnlichen Logik wie Selenskyjs Aufrufe zu Antikriegsprotesten an alle russischen Staatsbürger:innen in der ersten Phase – mit dem Unterschied allerdings, dass Selenskyj diesmal ethnische Minderheitengruppen innerhalb Russlands als besondere Widerstandsquelle (angesichts ihrer überproportionalen Betroffenheit von der Teilmobilmachung sowie ihrer augenscheinlichen Protestbereitschaft) ansprach. Mit dem Abebben auch dieser Proteste blieb es allerdings bei einem einmaligen Appell, dem keine weiteren Auftritte ähnlicher Art folgten.

Im Kontext der gezielten und vermehrten Angriffe Russlands auf die zivile Infrastruktur der Ukraine ab Herbst 2022 richtete Selenskyj mahnende Appelle an die Bürger:innen Russlands und warnte vor den Konsequenzen ihres kollektiven Schweigens. So erklärte er: »Niemand wird euch den Terror verzeihen« (31. Dezember) und »Euer feiges Schweigen, euer Versuch, das, was passiert, auszusitzen, wird nur damit enden, dass diese Terroristen eines Tages auch euch holen werden« (15. Januar 2023). Auch diese Botschaft reihte sich in die Logik seiner Anfangsappelle ein: In diesem Krieg steht auch euer Schicksal auf dem Spiel, dabei hattet ihr von Anfang an die Wahl zwischen Widerstand und Schweigen, habt euch aber für Letzteres entschieden.

Fazit

Im Anschluss an Selenskyjs viral gewordene Rede am Vorabend der Invasion stellte sich grundsätzlich die Frage, wie er unter den Bedingungen eines russischen Angriffskriegs die Bürger:innen Russlands ansprechen und insbesondere deren Verhältnis zur russischen

Kriegsführung deuten würde. Die Ergebnisse der hier in kompakter Form vorgestellten Studie zeigen, dass sich Selenskyjs Appelle an eine gemeinsame Sache mit russischen Normalbürger:innen auf die Anfangsphase des Aggressionskriegs bis Ende März beschränkten. Nach der Aufdeckung russischer Kriegsverbrechen in Butscha sowie anderen Orten der befreiten Gebiete um Kyjiw verschob sich Selenskyjs Kommunikation hin zur Zuschreibung einer kollektiven Verantwortung der größtenteils schweigenden Bevölkerung Russlands für die Schrecken der Invasion. In der darauffolgenden zweiten Phase richtete er vor allem Warnungen vor den Konsequenzen dieses kollektiven Schweigens, appellierte aber auch im Namen eines gemeinsamen Antikriegsinteresses an die »indigenen Völker« insbesondere des Kaukasus vor dem Hintergrund der letztlich kurzlebigen Proteste gegen die Mobilmachung in Russland.

Im Kontext der Kommunikationspraxis Selenskyjs während der russischen Invasion im Allgemeinen sind seine Appelle an russische Bürger:innen aufgrund deren Positionalität als Bürger:innen des Aggressorstaats und

der gelegentlichen Einbeziehung solcher Appelle in seine täglichen militärischen Lageberichte an die ukrainische Bevölkerung von besonderem Interesse. Trat Selenskyj gerade in den ersten Monaten nach Kriegsbeginn mit Videobotschaften vor zahlreichen nationalen Parlamenten Europas, Asiens und Nordamerikas auf, so wandte er sich bereits mit seiner Rede am Vorabend des Krieges explizit an die ‚Normalbürger:innen‘ Russlands. Während Selenskyj in seine Reden vor den nationalen Parlamenten explizite Bezugnahmen auf historische Gemeinsamkeiten integrierte – beispielsweise mit seinem Vergleich zwischen Bachmut und Saratoga vor dem US-Kongress –, verzichtete er in seinen Appellen an die Russ:innen auf kulturell-historische Botschaften und appellierte (in Phase I) ausschließlich an ein gemeinsames Antikriegsinteresse gegen die russische Staatsführung. Solche Unterschiede (sowie Verschiebungen über die Zeit) müssten in einer Gesamtbetrachtung der transnationalen Kommunikation Selenskyjs unter Kriegsbedingungen berücksichtigt werden.

*Dieser Beitrag basiert auf dem folgenden Aufsatz des Autors: [Towards an Antiwar Transnational Populism? An Analysis of the Construction of “the Russian People” in Volodymyr Zelensky’s Wartime Speeches](#). In: *Government and Opposition*, DOI: [10.1017/gov.2023.40](#) (2023). Der dazugehörige Datensatz ist [bei DiscussData](#) archiviert.*

Über den Autor

Seongcheol Kim, PD Dr., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Interkulturelle und Internationale Studien der Universität Bremen sowie assoziierter Wissenschaftler an der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen.

Lesetipps / Bibliographie

- Kim, Seongcheol: *Towards an Antiwar Transnational Populism? An Analysis of the Construction of »the Russian People« in Volodymyr Zelensky’s Wartime Speeches*. In: *Government and Opposition*, DOI: [10.1017/gov.2023.40](#) (2023).
- Onuch, Olga/Hale, Henry: *The Zelensky Effect*. London: Hurst, 2022.
- Viedrov, Oleksii: *Back-to-normality outsiders: Zelensky’s technocratic populism, 2019–2021*. In: *East European Politics*, Jg. 3, H. 3, S. 478–501 (2023).

Ansprache des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj an das russische Volk am Vorabend der großangelegten Invasion

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj hat sich in der Nacht vom 23. auf den 24. Februar 2022, wenige Stunden bevor Russland den Angriff auf die Ukraine begann, in einer Fernsehansprache an die Menschen in Russland gewandt. Nach einer kurzen Einführung auf Ukrainisch setzte er seine Rede auf Russisch fort.

Ich habe heute versucht, mit dem Präsidenten Russlands zu telefonieren. Die Antwort war: Stille. Stille aber sollte im Donbass herrschen. Daher möchte ich mich heute an alle Bürger Russlands wenden. Nicht als Präsident. Ich wende mich an die Bürger Russlands als Bürger der Ukraine. Uns trennt eine mehr als 2000 Kilometer lange Grenze. Entlang dieser gesamten Grenze stehen heute Ihre Truppen – fast 200 000 Soldaten, Tausende Kampffahrzeuge. Die Führung Ihres Landes hat verfügt, dass sie vorrücken, auf das Staatsgebiet eines anderen Landes. Dies kann der Beginn eines großen Krieges auf dem europäischen Kontinent sein.

Die gesamte Welt spricht heute von dieser Gefahr. Jeden Augenblick kann es einen Anlass geben. Die kleinste Provokation, der kleinste Funke – und alles kann in Flammen stehen.

Ihnen wird erzählt, dass dieses Feuer die Befreiung des ukrainischen Volks bringt. Doch das ukrainische Volk ist längst frei. Es erinnert sich an seine Vergangenheit und baut mit eigenen Händen seine Zukunft. Es baut auf, statt zu zerstören, wie man Ihnen Tag für Tag im Fernsehen sagt. Die Ukraine, die Sie jeden Tag in Ihren Nachrichten sehen, und die reale Ukraine – das sind zwei vollkommen verschiedene Länder. Der wichtigste Unterschied besteht darin, dass unsere Ukraine real ist.

Ihnen sagt man, wir seien Nazis. Wie kann ein Volk den Nazismus unterstützen, das für den Kampf gegen den Nazismus acht Millionen Menschen geopfert hat? Wie könnte ich ein Nazi sein? Erzählen Sie das einmal meinem Großvater, der den gesamten Krieg in der sowjetischen Armee gekämpft hat und am Ende seines Lebens Oberst in der unabhängigen Ukraine war. Ihnen sagt man, wir hassen die russische Kultur. Wie kann man eine Kultur hassen? Egal welche Kultur? Nachbarn bereichern einander durch Kultur. Doch dadurch werden sie noch nicht zu einem einheitlichen Ganzen. Wir lösen uns nicht in Ihnen auf. Wir sind verschieden. Aber das ist kein Grund, Feinde zu sein. Wir wollen unseren historischen Weg selbst bestimmen, unser Leben leben, in Frieden, in Ruhe, in Würde.

Ihnen wurde gesagt, dass ich den Befehl zum Angriff auf den Donbass geben werde, ihn zu beschießen und zu bombardieren, ohne jede Frage. Aber es gibt da Fragen. Sie sind ganz einfach. Auf wen soll geschossen werden? Was bombardieren? Donezk, eine Stadt, in der ich Dutzende Male war? Ich habe die Gesichter der Menschen gesehen, ihre Augen. Artjomowsk, wo ich mit Freunden unterwegs war? Das Donbass-Stadion, wo ich während der EM mit den Menschen von dort für unsere ukrainischen Jungs gefiebert habe? Den Scherbakow-Park, wo wir zusammen getrunken haben, nachdem unsere Jungs verloren hatten? Lugansk? Das Haus, in dem die Mutter meines besten Freundes wohnt? Den Ort, wo der Vater meines besten Freundes beerdigt ist? Ist es Ihnen aufgefallen, ich spreche auf Russisch und niemand in Russland versteht, was das für Städte, Straßen, Namen und Ereignisse sind. All das ist Ihnen fremd, unbekannt. Es ist unser Land. Unsere Geschichte. Wofür werden Sie kämpfen, und gegen wen?

Viele von Ihnen waren schon in der Ukraine. Viele von Ihnen haben Familie in der Ukraine. Manche haben an ukrainischen Hochschulen studiert, hatten ukrainische Freunde. Sie kennen unser Art, Sie kennen die Menschen bei uns, Sie kennen unsere Prinzipien. Sie wissen, woran uns liegt. Hören Sie in sich hinein, hören Sie auf die Stimme der Vernunft, auf den gesunden Menschenverstand.

Hören Sie uns. Das Volk der Ukraine will Frieden. Die Staatsführung der Ukraine will Frieden. Sie will ihn und sie hält ihn. Sie tut alles dafür, alles was sie kann. Wir sind nicht alleine. Es stimmt: Viele Länder unterstützen die Ukraine. Warum? Weil es nicht um Frieden um jeden Preis geht. Es geht um Frieden und um Prinzipien, um Gerechtigkeit. Um Völkerrecht und um das Recht auf Selbstbestimmung. Das Recht, seine Zukunft selbst zu gestalten. Das Recht jeder Gesellschaft auf Sicherheit. Das Recht jedes Menschen auf ein Leben ohne Drohungen. All das ist wichtig für uns. All das ist wichtig für die gesamte Welt. Ich weiß, dass es auch für Sie wichtig ist.

Wir wissen genau: Wir wollen keinen Krieg. Keinen kalten, keinen heißen und keinen hybriden. Doch wenn wir von einer Armee angegriffen werden, wenn man versucht, unser Land zu rauben, unsere Freiheit, unser Leben, das Leben unserer Kinder, dann werden wir uns verteidigen. Nicht angreifen, verteidigen. Wenn Sie angreifen, werden Sie unsere Gesichter sehen. Nicht unseren Rücken, unsere Gesichter.

Der Krieg ist ein furchtbares Übel. Und dieses Übel hat einen hohen Preis, in jeder Hinsicht. Menschen verlieren Geld, ihren Ruf, ihr tägliches Auskommen, ihre Freiheit. Aber das Wichtigste ist: Sie verlieren ihre Nächsten. Sie verlieren sich selbst. Im Krieg fehlt es immer an allem. Im Überfluss gibt es nur dies: Schmerz, Schmutz, Blut und Tod. tausendfachen, zehntausendfachen Tod.

Ihnen sagt man, die Ukraine könne zur Bedrohung für Russland werden. Das war noch nie in der Geschichte der Fall und es ist heute nicht so. Es wird auch in Zukunft nicht so sein. Sie fordern Sicherheitsgarantien von der NATO. Aber auch wir fordern eine Garantie für unsere Sicherheit. Die Sicherheit der Ukraine. Von Ihnen, von Russland und von den anderen Garantiestaaten des Budapester Memorandums.

Wir sind heute Mitglied keines einzigen Verteidigungsbündnisses. Die Sicherheit der Ukraine ist mit der Sicherheit unserer Nachbarn verknüpft. Daher geht es heute um die Sicherheit des gesamten Kontinents Europa. Aber unser wichtigstes Ziel ist der Frieden in der Ukraine und die Sicherheit unserer Bürger, der Ukrainer. Dafür sind wir bereit, mit allen zu sprechen, auch mit Ihnen, in verschiedenen Formaten, an jedem Ort. Ein Krieg macht alle Garantien zunichte, im Krieg hat niemand mehr eine Sicherheitsgarantie. Und wer darunter am meisten leidet, das sind die Menschen. Es sind die Menschen, die das am allerwenigsten wollen. Und es sind die Menschen, die es verhindern können. Gibt es unter Ihnen solche Menschen? Ich bin fest davon überzeugt.

Menschen, die öffentliche Ämter innehaben, Journalisten, Musiker, Schauspieler, Sportler, Wissenschaftler, Ärzte, Blogger, Stand-Up-Comedians, TikTok und viele andere. Normale Menschen, ganz normale einfache Menschen, Männer, Frauen, Alte, Kinder, Väter und vor allem Mütter. Ebenso wie die Menschen in der Ukraine, wie die Staatsführung der Ukraine, ganz gleich, wie sehr man Ihnen das Gegenteil einredet.

Ich weiß, dass meine Ansprache im russländischen Fernsehen nicht gezeigt werden wird. Aber die Bürger Russlands sollten sie sehen. Sie sollten die Wahrheit kennen. Die Wahrheit ist, dass es jetzt gilt innezuhalten. Noch ist es nicht zu spät. Wenn die Führung Russlands nicht bereit ist, sich um des Friedens willen mit uns an einen Tisch zu setzen, vielleicht setzt sie sich mit Ihnen an einen Tisch. »Meinst du, die Russen wollen Krieg?« [*Es handelt sich um ein bekanntes Zitat des russischen Dichters Jewgenij Jewtuschenko. Anm. d. Redaktion Osteuropa*] Ich wünschte mir sehr, ich könnte diese Frage beantworten. Aber die Antwort hängt allein von Ihnen ab, von den Bürgern der Russländischen Föderation.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit (ukrainisch).

Aus dem Russischen von Volker Weichsel. Wir danken der Zeitschrift Osteuropa für die Erlaubnis zum Nachdruck.

Quelle: *Osteuropa*, <https://zeitschrift-osteuropa.de/blog/rede-von-volodymyr-zelenskyj/>.

CHRONIK

28. Oktober – 20. November 2023

28.10.2023	Der ukrainische Verteidigungsminister Rustem Umjerow sagt, dass Russland 4.000 Soldaten im Kampf um Awdijiwka verloren habe.
28.10.2023	Die ukrainische Luftwaffe teilt mit, dass die Ukraine fünf russische Drohnen vom Typ Shahed abgeschossen habe. Die Drohnen seien aus der Region Krasnodarsk auf die Ukraine gestartet worden.
28.10.2023	Der belarussische Machthaber Alexander Lukaschenko drängt auf Gespräche zwischen Russland und der Ukraine, da sich, seiner Meinung nach, beide Seiten in einer langwierigen Patt-Situation an der Front befänden.
29.10.2023	Der Ukrainische Sicherheitsdienst (SBU) bekennt sich zu einem Drohnenangriff auf eine Ö Raffinerie in der russischen Region Krasnodarsk, in dessen Folge in der Anlage ein Feuer ausbricht.
29.10.2023	Die Sprecherin der südlichen Streitkräfte, Natalija Humenjuk, sagt, dass das Gebiet Cherson mit 32 Lenkbomben angegriffen wurde. Ein Mensch stirbt im Krankenhaus an den Folgen des Angriffs, eine weitere Person wird verletzt.
30.10.2023	Laut der Staatsanwaltschaft des Gebietes Donezk dringen russische Streitkräfte im besetzten Wolnowacha in ein Haus ein und ermorden neun Zivilist:innen, darunter drei Frauen und zwei Kinder im Alter von fünf und neun Jahren.
30.10.2023	Der Generalstab der ukrainischen Streitkräfte teilt mit, dass russische Truppen erfolglos versucht hätten, verlorene Stellungen in der Nähe von Robotyne in der Oblast Saporischschja und Andrijiwka in der Oblast Donezk zurückzuerobern. Die Ukraine hatte Robotyne im August und Andrijiwka im September befreit.
30.10.2023	Der Leiter der Militärverwaltung des Bezirks Beryslaw, Wolodymyr Litwinow, sagt, dass russische Angriffe auf das Gebiet Cherson zu Stromausfällen in der Stadt Beryslaw und mehreren Dörfern geführt haben.
30.10.2023	Das Ministerium für Digitale Transformation arbeitet an einem Projekt zur »intelligenten Mobilisierung«, das darauf abzielt, militärische Spezialist:innen auf freiwilliger Basis zu rekrutieren, so der Leiter des Ministeriums, Mychajlo Fedorow.
31.10.2023	Das Finanzministerium der Ukraine teilt mit, dass die Ukraine im Oktober fast 2,8 Milliarden US-Dollar von internationalen Partnern erhielt, insbesondere von den USA und der EU.
31.10.2023	Laut Angaben des Generalstabs der Ukraine hat Russland seit Beginn der großangelegten Invasion der Ukraine inzwischen mehr als 300.000 Soldaten verloren. Hinzu kämen mehr als 5.200 Panzer, 9.800 gepanzerte Fahrzeuge sowie zahlreiches weiteres militärisches Gerät, so der tägliche Lagebericht des Generalstabs.
31.10.2023	Vertreter der UNESCO befinden sich in Tschernihiw in offizieller Mission, um die Schäden am kulturellen Erbe der Stadt durch russische Angriffe zu begutachten. Zu den beschädigten Stätten gehören die Pjatnyzka-Kirche aus dem 12. Jahrhundert, die St. Antonius-Höhlen und das regionale akademische Musik- und Schauspieltheater von Tschernihiw.
31.10.2023	Andrij Demtschenko, Sprecher des staatlichen Grenzschutzes der Ukraine, teilt mit, dass Russland seine Truppen aus Belarus abgezogen zu haben scheint. Es gäbe zwar noch einige Angehörige der russischen Streitkräfte in Belarus, doch handele es sich dabei überwiegend um Militärangehörige, die die im Land verbliebene russische Ausrüstung warten.
31.10.2023	Eine Umfrage des Kyjiwer Instituts für Soziologie (KIIS) zeigt, dass das Vertrauen der Ukrainer:innen in Medien und Regierung sinkt. Das ukrainische Militär und die Freiwilligen genießen weiterhin das Vertrauen einer überwältigenden Mehrheit, aber das Vertrauen in den Präsidenten, die Regierung und einige Medien ist seit letztem Jahr gesunken, zeigen die Umfragen.
01.11.2023	Der ukrainische Premierminister Denys Schmyhal teilt mit, dass die EU 354 Millionen US-Dollar Hilfe für Wiederaufbau und Reformen in die Ukraine schicken. Schmyhal fügt hinzu, dass nach der Unterzeichnung des Unterstützungsprogramms durch beide Parteien die Mittel für den »Wiederaufbau der Infrastruktur, insbesondere des Energiesektors« verwendet werden sollen.
02.11.2023	Der Sprecher des ukrainischen Außenministeriums Oleh Nikolenko sagt, dass die Ukraine mit den Vorbereitungen zur Evakuierung von ukrainischen Bürger:innen aus dem Gazastreifen beginne.
02.11.2023	Laut einer Umfrage des Kyjiwer Internationalen Instituts für Soziologie (KIIS) ist die Korruption neben niedrigen Gehältern und Renten die größte Sorge der Ukrainer:innen, abgesehen vom anhaltenden Krieg gegen Russland.
03.11.2023	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj entlässt per Dekret Brigadegeneral Wiktor Chorenko von seiner Funktion als Kommandeur der Spezialeinheiten.

03.11.2023	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj unterzeichnet das überarbeitete Gesetz über nationale Minderheiten. Die Änderung des Gesetzes war eine von sieben Maßnahmen, die von der Europäischen Kommission im Juni 2022 für den Start der Beitrittsverhandlungen zur Europäischen Union gefordert wurden.
03.11.2023	Laut dem ukrainischen Außenminister Dmytro Kuleba überlegt der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj, ob angesichts des Krieges Wahlen planmäßig abgehalten werden können und sollen. Der Präsident wäge die verschiedenen Vor- und Nachteile ab. Planmäßig müssten die Wahlen im Frühjahr 2024 stattfinden, solange jedoch Kriegsrecht herrscht, sind Wahlen laut Verfassung verboten.
03.11.2023	Der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba trifft in Berlin Armin Papperger, den Vorstandsvorsitzenden des deutschen Rüstungskonzerns Rheinmetall. Thema des Treffens sind Möglichkeiten zur Stärkung der Allianz zwischen der deutschen und ukrainischen Rüstungsindustrie.
03.11.2023	Ein erneuter massiver russischer Drohnenangriff gegen die Ukraine mit mindestens zehn Drohnen trifft in der Nacht zum 3. November Infrastruktureinrichtungen in den Oblasten Lwiw und Odesa sowie zivile Einrichtungen in der Stadt Charkiw und der Oblast Iwano-Frankiwsk.
04.11.2023	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj und die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, treffen sich in Kyjiw und diskutieren über den EU-Beitrittsprozess der Ukraine und EU-Hilfen für Kyjiw. Nach dem Treffen erklärt Präsident Wolodymyr Selenskyj, dass die Ukraine auf ihrem Weg zum EU-Beitritt »keine besonderen Bedingungen« verlange und alle von der Europäischen Kommission empfohlenen Schritte zur Aufnahme der Beitrittsgespräche erfüllt habe.
04.11.2023	Das russische Verteidigungsministerium bestätigt, dass am Vortag ein russisches Schiff in einer Werft in Kertsch auf der von Russland besetzten Krim durch ukrainische Marschflugkörper beschädigt wurde.
04.11.2023	Russische Streitkräfte sollen mehr als 20 ukrainische Soldaten getötet haben, die sich an der Front in der Oblast Saporischschja zu einer Auszeichnungszereemonie versammelt hatten, berichtet die Online-Zeitung Ukrainska Prawda unter Berufung auf eine Quelle im Innenministerium.
04.11.2023	Der Gouverneur der Region Dnipropetrowsk, Serhij Lysak, teilt mit, dass russische Streitkräfte durch einen Luftangriff eine Infrastruktureinrichtung in Dnipro beschädigt haben.
05.11.2023	Die Ukraine leitet eine offizielle Untersuchung über den Tod von Soldaten der 128. Gebirgsjägerbrigade ein, die am Vortag bei einer Zeremonie durch russischen Beschuss umgekommen sind. Präsident Wolodymyr Selenskyj erklärt in seiner Abendansprache, dass Änderungen im Militär vorgenommen werden sollen, um solche Vorfälle zukünftig zu verhindern.
05.11.2023	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj lädt den ehemaligen US-Präsidenten und mutmaßlichen Präsidentschaftsanwärter für die kommenden US-Wahlen, Donald Trump, in die Ukraine ein. Trump war in der Vergangenheit durch Statements zum Ukrainekrieg aufgefallen, in welchen er behauptete, den Krieg innerhalb kürzester Zeit, vielleicht sogar binnen eines Tages, beenden zu können.
05.11.2023	Der ukrainische Premierminister Denys Schmyhal berichtet, dass 20.000 ukrainische Familien Mittel für die Reparatur von Häusern beantragt haben, die durch russische Angriffe beschädigt wurden. Die Gelder würden im Rahmen des eRecovery-Programms des Landes ausgezahlt, das es Bürger:innen mit beschädigten Häusern ermögliche, über die zentrale staatliche E-Services App Diia Zuschüsse für die Reparatur ihrer Häuser zu beantragen.
06.11.2023	Die stellvertretende ukrainische Ministerpräsidentin für europäische Integration Olha Stefanischyna sagt, dass sie einen positiven Bericht über Fortschritte für den EU-Beitrittsprozess der Ukraine erwarte.
06.11.2023	Das Büro der ukrainischen Generalstaatsanwaltschaft teilt mit, dass fünf weitere ehemalige Berkut-Sondereinsatzkräfte wegen der Erschießung von Demonstrant:innen bei den Euromaidan-Protesten vor Gericht gestellt werden sollen.
06.11.2023	Wadym Skibizkyj, ein Vertreter des ukrainischen Militärgeheimdienstes (HUR) sagt, dass Russland Raketen in Erwartung von Minusgraden zurückhalte, um dann das ukrainische Energiesystem zu attackieren.
06.11.2023	Laut Herman Smetanin, Chef des staatlichen ukrainischen Rüstungsunternehmens Ukroboronprom, habe die Ukraine mit der Massenproduktion von Kamikaze-Drohnen mit einer maximalen Reichweite von 1.000 Kilometern begonnen.
06.11.2023	Das Umweltministerium berichtet, dass die russische Invasion mehr als 20 % der ukrainischen Naturschutzgebiete beeinträchtigt.
07.11.2023	Aus einem internen Dokument der EU-Kommission, das Radio Free Europe/Radio Liberty EU vorliegt, geht hervor, dass die EU-Kommission davon ausgehe, dass die Ukraine vier von sieben für die Beitrittsgespräche erforderlichen Schritte vollständig umgesetzt habe.

07.11.2023	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj sagt, dass fünf niederländische F-16-Kampfflzeuge bereits in einem Ausbildungszentrum in Rumänien eingetroffen seien, um ukrainische Piloten auf den Einsatz der Flugzeuge vorzubereiten. Außerdem würden neu gelieferte NASAMS-Systeme (National Advanced Surface-to-Air Missile Systems) in der Ukraine in Dienst gestellt, die jüngst von Kyjiwer Partner:innen geliefert wurden.
07.11.2023	Russland meldet einen ukrainischen Raketenangriff auf das besetzte Donezk. Das Stadtzentrum sei von drei HIMARS-Raketen getroffen worden, so Denis Puschilin, Leiter der von Russland völkerrechtswidrig installierten Vertretung in Donezk.
07.11.2023	Der stellvertretende Vorsitzende der Zentralen Wahlkommission, Serhij Dubowyk, sagt gegenüber Radio Free Europe/Radio Liberty (RFE/RL), das gemäß der ukrainischen Gesetzgebung während des Kriegsrechts keine Wahlen abgehalten werden dürfen. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj hatte zuvor erwägt, ob trotz des Krieges Wahlen stattfinden könnten – die Richtigkeit dieser Entscheidung wurde jedoch in den letzten Wochen vermehrt in Zweifel gezogen.
08.11.2023	EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen teilt mit, dass die Europäische Kommission Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine und der Republik Moldau empfiehlt und Georgien den Kandidatenstatus erhalten soll. »Heute ist ein historischer Tag, denn heute empfiehlt die Kommission dem Rat, Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine und der Republik Moldau aufzunehmen«, so von der Leyen. »Die Ukraine hat ... weit über 90 % der notwendigen Schritte abgeschlossen.« Präsident Wolodymyr Selenskyj reagierte mit den Worten: »Heute hat die Geschichte der Ukraine und ganz Europas den richtigen Schritt getan«. Als nächstes entscheidet der Europäische Rat Mitte Dezember über die Empfehlung der EU-Kommission.
08.11.2023	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj sagt, dass die Ukraine immer noch zu Erfolgen auf dem Schlachtfeld fähig sei und man noch bis Ende des Jahres militärische Erfolge erzielen wolle. In diesem Zusammenhang äußert sich am selben Tag der Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates Oleksij Danylow mit den Worten, dass die Ukraine »enorme Gewinne« auf der von Russland seit 2014 völkerrechtswidrig besetzten Krim erzielt habe. Nach einem Interview von General Walerij Saluschnyj Anfang des Monats im Economist, in dem er von einer »Pattsituation« sprach, ist in der Ukraine eine Diskussion über den Erfolg bzw. Misserfolg der ukrainischen Kriegsführung entbrannt.
08.11.2023	Der Sprecher des US-Sicherheitsrats, John Kirby, sagt, dass inzwischen bereits 96 % der versprochenen Ukraine-Hilfen ausgeschöpft worden seien. Über neue Ukraine-Hilfen wird aktuell debattiert, US-Präsident Joe Biden forderte dafür rund 60 Mrd. US-Dollar. Da große Teile der Republikaner jedoch dagegen sind, steht eine Einigung und damit die weitere Unterstützung aus den USA auf der Kippe.
08.11.2023	Slowakischen Medien zufolge lehnt die neu ernannte, pro-russische slowakische Regierung das von der Vorgängerregierung vorgeschlagene Militärhilfepaket für die Ukraine in Höhe von 40,3 Millionen Euro ab.
08.11.2023	Die Ukraine meldet, dass durch russischen Beschuss auf Hafenanlagen in der Region Odesa ein ausländisches Frachtschiff getroffen wurde. Dabei wurde eine Person getötet und vier weitere wurden verletzt.
09.11.2023	Einer neuen Umfrage zufolge glaubt die Mehrheit der Ukrainer:innen, dass die Ukraine in weniger als 10 Jahren der EU beitreten könne. Rund 20 % glauben sogar, dass der Beitritt in den nächsten zwei Jahren erfolgen könne.
09.11.2023	Das ukrainische Infrastrukturministerium teilt mit, dass der Schiffsverkehr von und zu den Häfen des Gebiets Odesa durch den temporären Schwarzmeerkorridor trotz des russischen Angriffs auf ein ziviles Schiff am 8. November fortgesetzt werde.
09.11.2023	Ein Sprecher des ukrainischen Grenzschutzdienstes sagt, dass wegen polnischer Proteste inzwischen 1.700 ukrainische LKWs an der polnisch-ukrainischen Grenze blockiert seien.
09.11.2023	Ein Militärgericht im russischen Rostow am Don verurteilt den ukrainischen Marine-Infanteristen Anton Cherednik zu 19 Jahren Gefängnis, weil er einen Zivilisten getötet haben soll.
09.11.2023	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj unterzeichnet zwei Gesetze zur Verlängerung des Kriegsrechts und der allgemeinen Mobilmachung um weitere 90 Tage. Dies ist das neunte Mal seit dem 24. Februar 2022, dass die Ukraine das Kriegsrecht verlängert.
09.11.2023	Das schwedische Modeunternehmen H&M eröffnet in Kyjiw zwei Geschäfte, nachdem diese zu Beginn der russischen Invasion im Februar 2022 geschlossen wurden.
09.11.2023	Das Parlament verabschiedet den Staatshaushalt für 2024. Haushaltseinnahmen von 1,77 Billionen Hrywnja (49 Mrd. US-Dollar) stehen Ausgaben von 3,35 Billionen Hrywnja (93 Mrd. US-Dollar) gegenüber, womit es kriegsbedingt ein deutliches Haushaltsdefizit von 1,57 Billionen Hrywnja (44 Mrd. US-Dollar) gibt, die der Staat durch ausländische Hilfen decken muss. Etwa die Hälfte der Ausgaben entfallen auf Militär und Sicherheit.
10.11.2023	Laut dem ukrainischen Militärgeheimdienst konnten durch einen nächtlichen Angriff zwei russische Schnellboote auf der von Russland annektierten Krim versenkt werden.

10.11.2023	Die ukrainische Regierung streicht eine Reihe von Denkmälern russischer und sowjetischer Persönlichkeiten aus dem staatlichen Denkmal-Register und genehmigt ihre Demontage, so das Kulturministerium. Unter anderem sollen Puschkin-Statuen und Stauen aus der Sowjetzeit demontiert werden.
11.11.2023	Der Staatliche Grenzdienst der Ukraine teilt mit, dass die Ukraine die Kontrolle über die Stadt Topoli in der Oblast Charkiw zurückgewonnen habe.
11.11.2023	Das ukrainische Energieministerium teilt mit, dass russische Angriffe auf die ukrainische Energieinfrastruktur sechs Oblaste getroffen haben und tausende Ukrainer:innen ohne Strom seien.
11.11.2023	Die russischen Streitkräfte führen am Morgen zum ersten Mal seit 52 Tagen einen Raketenangriff auf die ukrainische Hauptstadt Kyjiw durch. Mehrere Wohnhäuser und Gebäude werden beschädigt, kritische Infrastrukturen jedoch nicht.
12.11.2023	Der Generalstab der ukrainischen Streitkräfte teilt am Morgen des 12. November mit, dass russische Streitkräfte im Laufe des vergangenen Tages über 120 Siedlungen in den Oblasten Tschernihiw, Sumy, Charkiw, Luhansk, Donezk, Saporischschja, Cherson und Mykolajiw angegriffen haben.
12.11.2023	Der IWF erhöht seine Erwartungen für das ukrainische Wirtschaftswachstum in diesem Jahr auf 4,5 %. Zuvor rechnete der IWF lediglich mit 2 % Wachstum. Ursächlich für die positive Entwicklung sei die hohe wirtschaftliche Resilienz, eine gesunkene Inflation (im Oktober betrug diese laut Zentralbank 5,3 %), stabile Wechselkurse und solide Reserven. Die ukrainische Regierung geht von einem leicht höheren Wachstum von 4,6 % aus.
13.11.2023	Der rumänische Verteidigungsminister Angel Tilvar sagt, dass in Rumänien ein Ausbildungszentrum für ukrainische Pilot:innen eröffnet worden sei, in dem ukrainische Soldat:innen den Umgang mit F-16-Kampffluggesellschaften erlernen können.
13.11.2023	Die US-Botschafterin in der Ukraine, Bridget Brink, teilt mit, dass das einhundertste Frachtschiff den temporären, von der Ukraine einseitig erklärten Getreidekorridor durch das Schwarze Meer seit seiner Eröffnung im August passiert habe.
13.11.2023	Ein Bezirksgericht in Lwiw verurteilt den pro-russischen ehemaligen Abgeordneten Ilija Kywa in Abwesenheit zu 14 Jahren Gefängnis wegen Hochverrats und anderer damit zusammenhängender Anklagen.
14.11.2023	NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg sagt vor dem EU-Rat für Auswärtige Angelegenheiten in Brüssel, dass es die Entscheidung der Ukraine sei, ob und wann Verhandlungen mit Russland aufgenommen werden sollten.
14.11.2023	Der ukrainische Verteidigungsminister Rustem Umjerow sagt, dass der Vorfall während der Preisverleihung, bei der mindestens 19 ukrainische Soldaten der 128. Gebirgsjägerbrigade durch einen russischen Angriff getötet worden sind, hätte vermieden werden können, wenn grundlegende Sicherheitsmaßnahmen getroffen worden wären.
14.11.2023	Die ukrainische Generalstaatsanwaltschaft teilt mit, russische Soldaten, die Zivilist:innen getötet haben sollen, darunter den in der Ukraine bekannten Kinderbuchautor Wolodymyr Wakulenko, identifiziert zu haben.
15.11.2023	Russland gibt erstmals zu, dass ukrainische Soldaten Stellungen am Ostufer des Dnjepr im Gebiet Cherson errichtet haben.
16.11.2023	Laut einer Studie von Forschenden des Humanitarian Research Lab (HRL) der Yale School of Public Health sollen mindestens 2.442 Kinder im Alter zwischen sechs und 17 Jahren aus der Ukraine nach Belarus deportiert worden sein.
16.11.2023	Die Regionalverwaltung der Region Transkarpatien teilt mit, dass in der Oblast ein logistischer Knotenpunkt und ein Trockenhafen für den Getreideexport entstehen soll. Da die Getreideexporte über das Schwarze Meer weiterhin eingeschränkt sind, versucht die Ukraine neue Exportrouten über Straßen, Schienen und Binnengewässer zu erschließen.
17.11.2023	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj entlässt den stellvertretenden Leiter des ukrainischen Auslandsgeheimdienstes Oleksandr Tarasowsky, wie aus einem Präsidialdekret hervorgeht. Der Grund für Tarasowskys Entlassung, der das Amt sein Januar 2022 innehat, wird nicht genannt.
17.11.2023	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj warnt unter Berufung auf Informationen des ukrainischen Geheimdienstes sowie aus westlichen Ländern, dass Russland eine Destabilisierungskampagne gegen die Ukraine mit dem Namen »Maidan 3« plane, die darauf abzielt, in der Ukraine Chaos zu säen und einen Putsch anzuzetteln.
17.11.2023	Der ukrainische Marinesprecher Dmytro Pletentschuk teilt mit, dass die Ukraine seit Beginn der großangelegten Invasion insgesamt 15 russische Kriegsschiffe im Schwarzen Meer zerstört und 12 beschädigt habe.
18.11.2023	Der Minister für digitale Transformation, Mychajlo Fedorow, sagt, dass ukrainische Drohnen in der vergangenen Woche 39 russische Panzer, 57 schwere Waffen und 34 gepanzerte Fahrzeuge zerstört hätten.

18.11.2023	Offensichtlich verstärken russische Streitkräfte seit Anfang Oktober ihre Bodenangriffe auf Awdijiwka und die umliegenden Siedlungen, um die Stadt einzukesseln. Die Kampagne wird durch schweren Beschuss und Luftangriffe unterstützt, was immer wieder Opfer unter der Zivilbevölkerung fordert.
19.11.2023	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj entlässt, nach wiederholten Beschwerden von Mediziner:innen und Freiwilligen, die Kommandeurin der Sanitätskräfte, Tetjana Ostaschtschenko. Sie wird ersetzt durch Anatolij Kasmirtschuk.
19.11.2023	Die Ukraine verhängt Sanktionen gegen 100 Personen, die an der illegalen Verschleppung ukrainischer Kinder nach Russland beteiligt gewesen sein sollen.
19.11.2023	Der ukrainische Generalstab teilt mit, dass die ukrainische Luftabwehr in der Nacht 15 von 20 russischen Drohnen, die das Land angegriffen haben, abgeschossen hat.
20.11.2023	Das Nationale Antikorruptionsbüro (NABU) teilt mit, dass der Leiter des staatlichen Dienstes für Kommunikation und Informationsschutz und einer seiner Stellvertreter verdächtigt werden, mehr als 62 Mio. Hrywnja (ca. 1,7 Mio. US-Dollar) veruntreut zu haben.
20.11.2023	US-Verteidigungsminister Lloyd Austin reist unangekündigt nach Kyjiw und trifft sich mit Präsident Wolodymyr Selenskyj. Er versichert der Ukraine weiterhin die Unterstützung der USA und teilt mit, dass die USA weitere Militärhilfen im Umfang von 100 Mio. US-Dollar liefern werden.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Lars Fernkorn

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
 Deutsches Polen-Institut
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
 Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Eduard Klein (verantwortlich)
 Chronik: Lars Fernkorn
 Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Kseniia Gatskova, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
 Prof. Dr. Guido Hausmann, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
 Dr. Susan Stewart, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
 Dr. Susann Worschech, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/O.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
 Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.
 ISSN 1862-555X © 2023 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
 Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
 e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



LÄNDER-ANALYSEN



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen erscheinen fünf bis sechs Mal pro Jahr.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause an jedem ersten und dritten Mittwoch im Monat.
Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen erscheinen sechs Mal pro Jahr.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>